

NIEDERSCHRIFT

Über die 11. Sitzung des Kreisausschusses des Donnersbergkreises In der 11. Wahlperiode 2019-2024

In Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Am Dienstag, den 06. Oktober 2020, 15.00 Uhr

Vorsitzender: Landrat Rainer Guth
Schriftführerin: Sybille Gerlach
Teilnehmer/innen: siehe Anwesenheitsverzeichnis

I. Eröffnung und Begrüßung

Landrat Rainer Guth eröffnet die Sitzung begrüßt die Anwesenden. Er verweist auf die form- und fristgemäße Einladung der Sitzung. Es erfolgen keine Anträge zur Tagesordnung

II. Tagesordnung

A) Öffentlicher Teil

1. DigitalPakt - Schulen; Vergabe der Planungsleistungen, Ausschreibung und Baubetreuung der LAN- und WLAN-Versorgung
2. IGS Rockenhausen
KMF Sanierung der Decken im Gebäudeteil EMIL
3. Sanierung der Realschule +/- FOS in Göllheim
KI 3.0 (2) / Teilbereich
4. Gewerbeflächenpotentialanalyse
5. „Zukunftsregion Westpfalz e. V.“, Kaiserslautern
Förderung von Aktivitäten
6. Abfallwirtschaft des Donnersbergkreises
Zwischenbericht für das Wirtschaftsjahr 2020
7. Einrichtung eines Tourismusbüros am Römerplatz in Kirchheimbolanden
 - a) Vergabeentscheidung bauliche Maßnahmen
 - b) Vergabeentscheidung Mobiliar
8. Mitteilungen und Anfragen

B) Nicht öffentlicher Teil

1. Personalangelegenheiten
 - a) Neueinstellung

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Landrat Guth die Beschlüsse aus der letzten nicht öffentlichen Sitzung vom 09.09.2020 bekannt.

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: DigitalPakt - Schulen; Vergabe der Planungsleistungen Ausschreibung und Baubetreuung der LAN- und WLAN-Versorgung

I. Sachverhalt:

„Im Rahmen des DigitalPaktes werden dem Donnersbergkreis rund 2,7 Mio. € zur Verfügung gestellt, die vorrangig zum Aufbau, der Erweiterung oder Verbesserung der digitalen Vernetzung (Standardisierung LAN/WLAN) zu nutzen sind. Erst nach Herstellung der digitalen Vernetzung an allen Schulen in Trägerschaft des Donnersbergkreises können von den restlichen Fördermitteln Anzeige- und Interaktionsgeräte, Beamer, digitale Arbeitsgeräte sowie schulgebundene Laptops, Notebooks oder Tablets angeschafft werden.

Der Kreisausschuss hat am 13.11.2019 das Planungsbüro Eisel aus Eisenberg mit einer Grundlagenermittlung und Erfassung der vorhandenen Netzwerktechnik in den einzelnen Schulgebäuden beauftragt. Für die Vernetzung mit LAN/WLAN wurden Kosten von insgesamt rund 1,5 Mio € ermittelt.

Auf dieser Grundlagenermittlung aufbauend, sind im nächsten Schritt die Planungsleistungen für die Durchführung der fachtechnischen Ausschreibungen und Umsetzung zu vergeben.

Für fünf Schulen wurden bereits im Kreisausschuss am 09.09.2020 die Fachplanungsleistungen vergeben, nachdem für diese bereits die Förderanträge gestellt und bewilligt waren.

Für die übrigen Schulen konnten zwischenzeitlich auch die Anträge gestellt werden, nachdem das Land das Antragsverfahren dahingehend geändert hat, dass die Medienkonzepte der Schulen auch nachgereicht werden können. Da die Antragstellung für den Maßnahmebeginn ausreichend ist, konnten wir auch für diese Schulen die Fachplanerleistungen jeweils getrennt ausschreiben.

Insgesamt wurden jeweils vier Fachplanerbüros angeschrieben und um Abgabe von Angeboten gebeten. Das Planungsbüro Wengert hat nicht geantwortet und das Planungsbüro IBA Ingenieurbüro Bawel & Angermayer hat mitgeteilt, nicht teilnehmen zu können.

Angebote abgegeben haben das Planungsbüro Eisel, Eisenberg und das Planungsbüro Schwarz, Bretzenheim.

Die Angebote wurden anhand einer Bewertungsmatrix verglichen, in der neben dem Honorar auch die Leistungsfähigkeit, Büroausstattung und Erfahrung gewertet wurden. Beide Büros sind leistungsfähig, verfügen über eine umfangreiche Büroausstattung und haben vergleichbare Referenzen.

Nach Prüfung und Wertung der Angebote ergibt sich nachfolgender Sachverhalt:

Objekt	PBS Schwarz	Planungsbüro Eisel
Realschule+ Göllheim	31.303,62 €	22.240,43 €
Wilhelm-Erb-Gymnasium Winnweiler	44.588,07 €	31.305,99 €
Realschule+ Winnweiler	28.548,65 €	20.405,24 €
Schule am Donnersberg	23.885,04 €	14.010,37 €
	128.325,38 €	87.962,03 €

Die Angebote des Planungsbüro Eisel sind in allen Schulen die wirtschaftlichsten Angebote, die Preise sind angemessen. Die Bauabteilung empfiehlt, die Aufträge an das Planungsbüro Eisel, Eisenberg zu erteilen.

Das Planungsbüro Eisel hat schon mehrere Aufträge ohne Beanstandungen für die Kreisverwaltung ausgeführt. Das Büro ist als leistungsfähig und zuverlässig bekannt.

Im Haushalt 2020 stehen ausreichend Mittel zur Verfügung.“

Herr Uwe Welker (Abteilungsleiter Bauen und Schulen) bestätigt auf Nachfrage von Herrn Dr. Ernst Groskurt (BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN) eine Prüfung des Unternehmens und verweist auf mehrmalige Durchführungen vergleichbarer Arbeiten.

Auch Landrat Rainer Guth bestätigt die bisherigen guten Erfahrungen mit dem Unternehmen.

Herr Welker erläutert auf Nachfrage von Frau Christa Mayer, SPD, dass der große Preisunterschied bei den einzelnen Schulen in den baulichen Gegebenheiten, wie z. B. Turnhallenanbindungen und Nebengebäuden, liege.

II. Beschluss

Der Kreisausschuss stimmt der Beauftragung des Planungsbüro Eisel, Eisenberg, zur Erarbeitung der Planung und Ausführung der Maßnahmen zur Umsetzung der LAN- und WLAN-Versorgung der Realschule Plus Winnweiler, des Wilhelm-Erb-Gymnasium Winnweiler, der Realschule Plus-FOS Göllheim und der Schule am Donnersberg Rockenhausen im Rahmen des DigitalPakt-Schulen zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: IGS Rockenhausen
KMF Sanierung der Decken im Gebäudeteil EMIL

I. Sachverhalt

„In dem Schulgebäude der Integrierten Gesamtschule in Rockenhausen sind in dem Gebäudeteil: EMIL die Decken altersbedingt stark verschlissen.

In einigen Klassenräumen im Gebäudeteil: EMIL wurde bereits in der Vergangenheit mit der KMF Sanierung der Decken sowie der Erneuerung der Decken und der Beleuchtung begonnen. Eine Weiterführung der Maßnahme in Klassenräumen der Etagen EG und 1.OG soll in den Herbstferien 2020 beginnen.

Im ersten Schritt ist die Demontage der KMF belasteten Decken vorgesehen. Die Wiederherstellungsmaßnahme der Decken und der Beleuchtung erfolgt kontinuierlich in Absprache mit der Schulleitung.

Die Baumaßnahme soll weitestgehend in 2020 abgeschlossen werden.

KMF Sanierung Decken

Die Auftragsvergabe beinhaltet die Maßnahmen der KMF Sanierung der Decken.

Hierzu wurden sechs Firmen im beschränkten Ausschreibungsverfahren um Abgabe eines Angebotes gebeten. Mit Submissionstermin am 16.09.2020 wurden sechs Angebote eingereicht.

Nach Prüfung und Wertung der Angebots ergibt sich nachfolgender Sachverhalt:

1. SR Umwelttechnik GmbH & Co. KG aus	43.021,08 €
2. ebis GmbH	53.819,71 €

3. Wicke Umwelttechnik GmbH	49.951,57 €
4. Kluge Sanierung GmbH	43.447,31 €
5. GRIMMIG Abbruch- und Abfallverwertungs- GmbH	63.747,82 €
6. RÜDIGER Umwelttechnik GmbH	33.564,01 €

Wirtschaftliches Angebot:

RÜDIGER Umwelttechnik GmbH	33.564,01 €
-----------------------------------	-------------

Gesamtsumme: **33.564,01 €**

Das Angebot der Firma RÜDIGER Umwelttechnik GmbH aus Tutzing ist technisch und wirtschaftlich in Ordnung. Das Unternehmen ist als leistungsfähige und zuverlässige Firma bekannt.

Die Bauabteilung empfiehlt, den Auftrag an die RÜDIGER Umwelttechnik GmbH aus Tutzing zu erteilen.

Zur Umsetzung der Maßnahme stehen ausreichend Mittel im Haushalt 2020 zur Verfügung.“

Herr Uwe Welker (Abteilungsleiter Bauen und Schulen) teilt auf Fragen aus dem Gremium mit, dass die Decken hier in den 60er Jahren verbaut worden seien.

Bei anderen Schulen aus dieser Bauzeit bestehe grundsätzlich keine Gesundheitsgefahr. Erst bei einem Eingriff in die Decke würden die KMF freigesetzt. Überall dort, wo z. B. neue Verkabelungen vorgenommen würden und somit ein Eingriff in die Decke notwendig sei, erfolge dann auch die KMF-Sanierung.

Rudolf Jacob (CDU) möchte die Höhe der Kostenschätzung wissen und bittet, diese zukünftig mit in den Sachverhalt aufzunehmen.

Laut Herrn Uwe Welker lag die Kostenschätzung bei 32.000 Euro, diese seien in der Gesamtveranschlagung enthalten. Diese Maßnahme sei nun knapp 2.000 Euro teurer, die Mittel stünden im Rahmen der Gesamtdeckung zur Verfügung.

Herr Welker (Abteilungsleiter Bauen und Schulen) erklärt auf Nachfragen von Herrn Groth (FWG), dass immer häufiger eine enorme Preisspanne bei den abgegebenen Angeboten zu beobachten sei, man mittlerweile aber schon froh sei, wenn die Firmen aufgrund der Auftragslagen überhaupt noch Angebote abgeben würden. Die Firma RÜDIGER Umwelttechnik sei auf jeden Fall zertifiziert und für die Erledigung dieser Aufgaben geeignet.

II. Beschluss

Der Kreisausschuss stimmt der Beauftragung der Firma RÜDIGER Umwelttechnik GmbH aus Tutzing für die Ausführung der KMF Sanierung der Decken in der IGS in Rockenhausen zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Sanierung der Realschule+/FOS in Göllheim
KI 3.0 (2) / Teilbereich

I. Sachverhalt

„Im Jahr 2018 wurde die Realschule +/ FOS Göllheim im Hinblick auf den Brandschutz sowie auf energetische und bauliche Mängel untersucht.

Brandschutztechnisch wurde sofortiger Handlungsbedarf prognostiziert, und zur Gewährleistung der Nutzung aller Räumlichkeiten provisorisch umgesetzt.

Zur umfassenden brandschutztechnischen Sanierung der Gebäude wurde über die ADD Neustadt ein Förderantrag gestellt. Hier steht der Förderbescheid noch aus.

Im Rahmen des Konjunkturpaketes KI 3.0 (2) wurden Fördermittel in Höhe von 567.967,01 € beantragt und von der ADD zwischenzeitlich in voller Höhe anerkannt. Die Zusage zum vorzeitigen Baubeginn liegt vor.

Der Förderantrag umfasst die energetische Sanierung der Fenster mit Außenjalousien des Altbaus (ohne Innenhöfe und Oberlichter).

Im Zuge der Sanierung der RS+/FOS Göllheim wurde jedoch angedacht, die Fenster im vollen Umfang zu ersetzen.

In allen Gebäudeteilen sind zurzeit Aluminium Fenster verbaut, welche einen dem Alter entsprechenden desolaten Zustand aufweisen. Es ist festzuhalten, dass diese in Teilen klemmen und sich somit nur schwerfällig bis gar nicht öffnen lassen. Ebenso weisen die Lippendichtungen Alterungsschäden auf, sodass die Außenluft in den Innenraum treten kann. Weitergehend wurden die Fenster durch dauerelastische Fugen mit dem Mauerwerk verbunden; auch diese dauerelastischen Fugen bildeten aufgrund von Gebäudesetzungen Risse, womit auch hier die Außenluft ungehindert in den Innenraum treten kann. Die

Undichtigkeit begünstigt den Schallaustausch des Außenlärmes, was sich negativ auf den Schulunterricht auswirkt.

Daher ist vorgesehen alle Außenfenster sowie Festverglasungen auszutauschen, um so neben einer energetischen auch eine akustische Sanierung des Schulgebäudes zu erzielen. Hierunter fallen auch die Glassegmente im Bereich der Treppenhäuser, da diese einen erheblichen Anteil der Gebäudehülle ausmachen und somit im gleichen Maßstab zur Temperierung des Schulgebäudes beitragen.

Maßgeblich in die Betrachtung der Treppenselemente sind die fehlenden Rauch- und Wärmeabzüge aufzunehmen, welche gemäß Brandschutzkonzept im Treppenhaus Neubau vorzusehen sind.

Im Zuge des Fensteraustausches ist auch vorgesehen, die an den Fenstern montierten Jalousien zu ertüchtigen, da diese mechanisch miteinander verbunden sind und somit eine Demontage der Fenster ohne Rückbau der Jalousien nur schwer möglich ist.

Durch die Tatsache, dass zum Betrieb einer Schule zwingend eine effektive Gebäudetemperierung sowie ein Sonnenschutz notwendig sind und durch diesen Austausch aktiv Heizkosten eingespart werden können, empfehlen wir den kompletten Austausch.

Gewerke:

Fensterbauarbeiten

Zur Vergabe der Maßnahmen wurde durch das Planungsbüro JD Building eine beschränkte Ausschreibung in Losen erarbeitet und an 11 mögliche Firmen aus dem näheren Umkreis versendet. Die Ausschreibungsunterlagen enthalten für die Vergabe der Fensterbauarbeiten an der Außenfassade des Altbaus Vergabepositionen da diese über das Konjunkturpaket 3.0 (2) mit 90 % gefördert werden, sowie Eventualpositionen für die Erneuerung der Fenster und Türen zum Innenhof des Altbaus und für den Anbau.

Zur Submissionstermin gingen 3 Angebote ein.

Nach Prüfung und Wertung ergeben sich nachfolgende Sachverhalte:

KI 3.0 (2)

Los 1 Fenster im 1 und 2 Obergeschoss (Kunststoff).

Los 2 Fenster und Türen im EG (Metall).

1)	Fenster & Türen Dick, Theisbergstegen	LOS 1 400.038,14 €
		LOS 2 101.287,45 €
2)	Metallbau Stabel, Göllheim	LOS 1 -----
		LOS 2 119.799,68 €
3)	Donnersberger Fensterbau, Rockenhausen	LOS 1 507.810,37 €
		LOS 2 184.264,84 €

Die besonderen Angebots- und Auftragsbedingungen wurden von allen Bietern anerkannt.
Die Formblätter der Ausschreibungs- und Vertragsbedingungen VHB Bund Stand 2008 wurden von allen Bietern unterzeichnet und beigelegt.
Es wurden keine Nebenangebote abgegeben.

Die Kostenberechnung vom 02.06.2020 belief sich auf 511.137,42 € (brutto).
Der Differenzbetrag von insgesamt - 9.811,84 € (brutto) zur Kostenberechnung ist auf das große Interesse der Firma Dick an der Ausführung der Arbeiten zurückzuführen, da zum jetzigen Zeitpunkt bedingt durch die Corona-Situation weniger Aufträge durch Privatpersonen erfolgen und somit viele Firmen auf öffentliche Aufträge angewiesen sind.

Die Arbeiten der Firma Fenster und Türen Dick sind dem Planer sowie der Bauabteilung bekannt. Die Firma Dick hat bereits Maßnahmen im vergleichbaren Kostenrahmen im Auftrag der Kreisverwaltung Donnersbergkreis ausgeführt, sie ist uns als leistungsfähiges und zuverlässiges Unternehmen bekannt. Es bestehen keine Bedenken, die Firma Fenster & Türen Dick zu beauftragen.

Dem Kreisausschuss wird die gesamte Baumaßnahme zur Kenntnis gegeben.

Schulbau

Los 1 Fenster (Kunststoff).

Los 2 Fenster / Türen (Metall).

4)	Fenster & Türen Dick, Theisbergstegen	LOS 1 316.223,46 €
		LOS 2 410.423,27 €

5)	Metallbau Stabel, Göllheim	LOS 1 -----
		LOS 2 521.749,55 €
6)	Donnersberger Fensterbau, Rockenhausen	LOS 1 444.489,87 €
		LOS 2 678.200,04 €

Die besonderen Angebots- und Auftragsbedingungen wurden von allen Bietern anerkannt.
Die Formblätter der Ausschreibungs- und Vertragsbedingungen VHB Bund Stand 2008 wurden von allen Bietern unterzeichnet und beigelegt.
Es wurden keine Nebenangebote abgegeben.

Die Kostenberechnung vom 12.08.2020 belief sich auf 487.065,88 € (brutto).
Der Differenzbetrag von insgesamt - 239.580,84 € (brutto) zur Kostenberechnung ist darauf zurückzuführen, dass zum Zeitpunkt der Ausschreibung unklar war, ob und wann dies zum Tragen kommen würde. Daher wurden hier bereits Preisaufschläge beim Material sowie beim Lohn, welche beim Jahreswechsel kommen eingerechnet, sowie ein preislicher Puffer, für eventuelle Absagen an kleineren Aufträgen.
Die Vergabe erfolgt auf der Grundlage von Eventualpositionen.

Die Arbeiten der Firma Fenster und Türen Dick sind dem Planer sowie der Bauabteilung bekannt. Die Firma Dick hat bereits Maßnahmen im vergleichbaren Kostenrahmen im Auftrag der Kreisverwaltung Donnersbergkreis ausgeführt, sie ist uns als leistungsfähiges und zuverlässiges Unternehmen bekannt. Es bestehen keine Bedenken, die Firma Fenster & Türen Dick zu beauftragen.

Eine Beauftragung wäre unter Umständen auch für Teilbereiche möglich, Grundlage hierfür ist das Angebot der Firma Fenster und Türen Dick.

Los 1 Fenster (Kunststoff).

Altbau	105.149,89 €
Neubau	211.073,57 €
Gesamtsumme	316.223,46 €

LOS 2 Fenster / Türen (Metall).

Altbau	298.620,69 €
Neubau	111.802,58 €
Gesamtsumme	410.423,27 €

Summe Altbau 403.770,58 €
 Summe Neubau 322.876,15 €

Im Haushaltsjahr 2020 stehen zur Umsetzung der Maßnahme 400.000,00 € zur Verfügung. Die Beauftragung umfasst einen 1. Bauabschnitt in Höhe von 400.000,00 €. Die erforderlichen Mittel zur Umsetzung der Gesamtmaßnahme werden im Haushaltjahr 2021 berücksichtigt. Nach Genehmigung des Haushaltes 2021 erfolgt in Abstimmung mit dem Kreisausschuss die Beauftragung des 2. Bauabschnittes.“

Herr Uwe Welker (Abteilungsleiter Bauen und Wohnen) verneint aus wirtschaftlichen Gründen die Frage von Herrn Dr. Ernst Groskurt (BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN), ob eine Sanierung der Fenster möglich sei.

Frau Christa Mayer (SPD) bittet aufgrund der aktuellen Pandemie bei zukünftigem Austausch der Fenster in Schulen darauf zu achten, dass auch die Flurfenster geöffnet werden können.

Herr Michael Cullmann (SPD) gibt zu bedenken, dass auch manche Flurfenster aus brandschutztechnischen Gründen nicht geöffnet werden dürfen.

II. Beschluss

Der Kreisausschuss des Donnersbergkreises beschließt zur Umsetzung der Sanierung der Realschule+ / FOS, teilweise gefördert im Rahmen des KI 3.0 (2) Programmes, den Auftrag eines 1. Bauabschnittes zum Austausch der Fenster an die Firma Fensterbau Dick, aus Theisbergstegen zu erteilen.

Nr.	Gewerk	Firma	Ort	€
1	Fensterbauarbeiten KI 3.0 (2) 1. Bauabschnitt	Fenster & Türen Dick	Theisbergstegen	400.000,00
	Gesamtmaßnahme zur Kenntnis			
	Fensterbauarbeiten KI 3.0 (2)	Fenster & Türen Dick	Theisbergstegen	501.325,58
	Fensterbauarbeiten	Fenster & Türen Dick	Theisbergstegen	726.646,73
	Gesamtsumme			1.227.972,31

Abstimmungsergebnis: einstimmig

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Gewerbeflächenpotentialanalyse

I. Sachverhalt

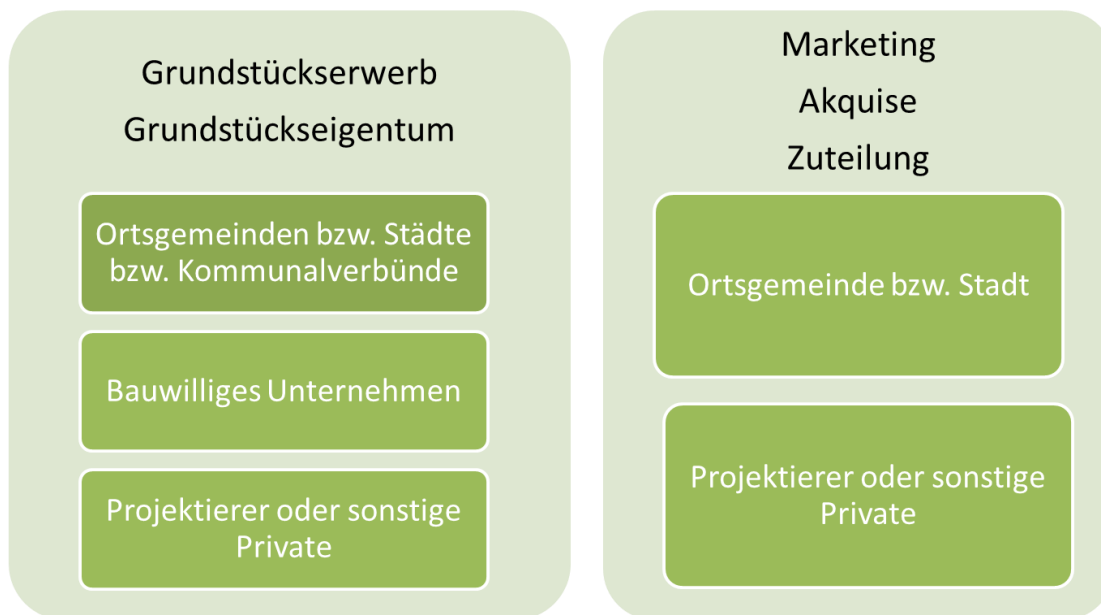
„In Anknüpfung an die bereits abgeschlossene Gewerbepotenzialstudie der Stadt und des Landkreises Kaiserslautern wird der Landkreis Südwestpfalz sowie die Städte Pirmasens und Zweibrücken und der Landkreis Kusel eine Gewerbeflächenpotentialanalyse beauftragen.

Mit der Erstellung einer Potenzialanalyse für den Donnersbergkreis würde die komplette Westpfalz abgedeckt sein, die Basis für eine großräumige Ansiedlung von Gewerbeclustern und für eine strategische Ausrichtung bestehen. Dabei geht es um eine Verortung der größeren Unternehmen nach Wirtschaftszweigen sowie um die Akquise besonders zukunftsträchtiger Branchen (Batterietechnologie, Wasserstofftechnologie). Ziel ist es, Unternehmen Grundstücke anbieten zu können, die genau zu ihren Anforderungen passen und das in einem für sie besonders geeigneten Umfeld. Im Hinblick auf die gegenwärtigen Umwälzungsprozesse in der Automobilbranche ist diese überregionale Initiative ausdrücklich zu begrüßen. Eine Teilnahme des Donnersbergkreises an diesem Verbund ist für die Zukunft geboten.

Aber auch unabhängig von diesem Prozess gibt es gute Gründe für die Gewerbeflächenpotentialanalyse. Der Donnersbergkreis grenzt unmittelbar an die Wirtschaftszentren Rhein-Main und Rhein-Neckar und könnte hier ein attraktiver Ansiedlungsstandort auch für andere Branchen sein. Gewerbeflächen für mittelgroße Ansiedlungen sind derzeit nicht vorhanden.

Neben der Ausweisung der Flächen und der Schaffung von Baurecht wird es auch um die Umsetzung etwaiger Flächen gehen.

Bisher sind weitestgehend die nachstehenden Abläufe vorhanden.



Es ist mit den betreffenden Gemeinden/Städten zu klären, ob auch Gewerbegebiete von regionaler Bedeutung mit diesen Instrumenten umgesetzt werden können oder ob auch bei der Umsetzung neue Kooperationsformen gefunden werden müssen. Im Rahmen der Beauftragung kann auch hierzu eine fachliche Begleitung erfolgen.

Folgende Elemente sollen Gegenstand der Analyse werden:

1. Grundlagenermittlung
2. Ermittlung Nachfragepotenzial (Vorarbeiten durch die Zukunftsregion Westpfalz vorhanden)
3. Ermittlung der Nachfragestruktur (Vorarbeiten durch die ZRW vorhanden)
4. Erfassung potenzieller Eignungsflächen (ab einer bestimmten Kerngröße)
5. Analyse und Auswertung der Ergebnisse
6. Konzeption
7. Umsetzungsstrategie/Realisierung

Es wurden bei folgenden Unternehmen Angebote für die Erstellung einer Gewerbeflächenpotentialanalyse eingeholt:

FIRU GmbH	Bahnhofstr. 22	67655 Kaiserslautern
L.A.U.B. mbH	Europaallee 6	67657 Kaiserslautern
WSW & Partner GmbH	Hertelsbrunnenring 20	67657 Kaiserslautern
BBP PartGmbH	Bruchstr. 5	67655 Kaiserslautern
IGR AG	Luitpoldstr. 60 a	67806 Rockenhausen
Kernplan GmbH	Kirchenstraße 60	66557 Illingen
GIU - Gesellschaft für Innovation und Unternehmensförderung	Nell-Breuning-Allee 8	66115 Saarbrücken

Alle Anbieter haben sich als geeignet herausgestellt und sind in der Lage die beschriebene Leistung zu erbringen. Das teuerste Angebot kommt von der Firma GIU aus Saarbrücken. Das Büro FIRU hat ein Angebot in Kooperation mit BBP und L.A.U.B. in Höhe von 115.846,98 € abgegeben. Bei 89.000 € liegt das Angebot von IGR aus Rockenhausen. Das günstigste Angebot wurde von der Firma Kernplan aus Illingen abgegeben. Auf Grundlage dessen wurde ein entsprechender Förderantrag eingereicht. Da die Gewerbeflächenpotenzialanalyse für den LK Kusel und Donnersbergkreis erstellt wird, wurde vor der Einreichung des Förderantrags geklärt, wie die Kosten verteilt werden sollen. Hierbei einigte man sich auf einen Verteilungsschlüssel anhand der Flächen. Damit trägt der LK Kusel 47 % der verbleibenden Kosten und der LK Donnersbergkreis 53 %.

Das Wirtschaftsministerium Rheinland-Pfalz hat mit Bescheid vom 20. Juli 2020 eine Förderung in Höhe von 17.218,11 € zugesagt, was einer Förderquote von 70% entspricht.

Gesamtaufwand (mit Kusel): 46.410,00 €

Kostenanteil Donnersbergkreis: 24.597,30 €

Abzüglich Landesförderung: 17.218,11 €

Eigenteil Donnersbergkreis: 7.379,19 €

Der Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Kreisentwicklung hat die Durchführung der Maßnahme in seiner Sitzung am 05.12.2019 befürwortet.“

Landrat Rainer Guth erläutert, dass man hier mit einer interkommunalen Zusammenarbeit die Möglichkeit habe, das Thema Gewerbeflächen auf die Ebene „Westpfalz“ ggf. sogar auf die Ebene „Rheinland-Pfalz“ zu transportieren. Als kleiner Kreis werde man erst gar nicht von großen Firmen wahrgenommen, das habe ein Besuch auf der EXPO REAL in München verdeutlicht. Ziel sei, dass vorhandene Gewerbeflächen auch an Gewerbebetriebe mit entsprechender Steuerkraft und an ansprechende Arbeitgeber vergeben werden können.

Frau Lisett Stuppy (BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN) begrüßt die Entscheidung zu einer solchen Analyse. Sie fragt nach, ob man auch die Innenentwicklung und evtl. Konversionsprojekte und nicht nur die Potenziale auf der grünen Wiese im Blick habe. Das Unternehmen werbe auf der Homepage insbesondere mit Projekten im Städtebau, ihr sei wichtig, dass man hier das „Ländliche“ mit seinen besonderen Gegebenheiten im Blick behalte.

Landrat Guth führt aus, dass die Fa. KERNPLAN auch schon viele Projekte im ländlichen Bereich durchgeführt habe. Die Städte hätten sich vor vielen Jahren bereits aufgrund der begrenzten Ressourcen planungstechnisch auf den Weg gemacht, weshalb sich viele Ingenieurbüros auf Projekte im Städtebau konzentriert hätten. Dies habe sich aber in den letzten Jahren verändert. Zum Thema Innenentwicklung führt er aus, dass es um größere Projekte im Industriebereich mit größeren Flächen handele, die entsprechende Strukturen benötigen.

Herr Gerd Fuhrmann (SPD) sieht hierin eine Möglichkeit, mit zukünftig sich ansiedelnden Unternehmen auch Arbeitsplätze zu generieren. Er möchte wissen, inwiefern die Gemeinden in den Prozess eingebunden werden.

Herr Reiner Bauer (Stabstellenleiter Wirtschaftsförderung und Standortentwicklung) erläutert, dass man mit den Gemeinden ins Gespräch gehen wolle, welche Flächen denkbar seien und wo eine Weiterentwicklung möglich sei. Das Planungsrecht der Gemeinden sei nicht beeinträchtigt, die Analyse sei vielmehr als eine Unterstützung zu sehen.

Michael Cullmann (SPD) ist über die großen Preisunterschiede bei den Angeboten verwundert und möchte diesbezüglich konkretere Angebotsdetails, insbesondere was die Stundenabrechnung angehe.

Reiner Bauer erklärt, dass ein Vergleich der Angebote stattgefunden habe und eine Einsichtnahme möglich ist.

Landrat Rainer Guth sagt zu, die entsprechenden Informationen über die eingeholten Angebote zur Verfügung zu stellen.

Prof. Dr. Jamill Sabbagh (3. Beigeordneter) begrüßt grundsätzlich eine solche Analyse. Jedoch möchte er vermeiden, dass Begehrlichkeiten geweckt werden und empfiehlt, dem Auftraggeber im Vorfeld regionalplanerische Leitlinien, insbesondere was die Infrastruktur betrifft, an die Hand zu geben.

Rudolf Jacob (CDU) geht davon aus, dass dies bereits Grundlage der Ausschreibung und der zukünftigen Auftragsvergabe war und die in der Planungsgemeinschaft Westpfalz herausgearbeiteten und festgelegten Parameter auch in den beiden Kreisen und darüber hinaus entsprechend in der ganzen Westpfalz Anwendung finden würden. Er verdeutlicht nochmals, dass nicht über kleinere Flächen, sondern regional bedeutsame Flächen gesprochen werde. Es sei nicht davon auszugehen, dass eine Vielzahl von Flächen sich als geeignet erweisen werden, dies sei im Vorfeld entsprechend in den Gemeinden zu kommunizieren.

Dieter Hartmüller (CDU) findet die Suche nach entsprechenden Flächen positiv und erläutert, dass es immer wieder Unternehmen gäbe, die schnell eine zur Verfügung stehende große Fläche suchen. Jedoch weist er hier auf die Landwirtschaft hin und gibt zu bedenken, dass bereits jetzt beim Planungsverfahren im Bereich von Wohnbaugebieten als auch bei Gewerbeflächen es schwierig sei, an entsprechende Ausgleichsflächen zu kommen. Ferner stelle sich für ihn die Frage der Finanzierung auf Gemeinde- oder sogar Kreisebene.

Landrat Guth schlägt vor, zunächst Flächen herauszuarbeiten und dann zu prüfen, wie eine Entwicklung dieser Flächen stattfinden könne.

Rudolf Jacob (CDU) geht davon aus, dass im Falle von zur Verfügung stehenden Flächen entsprechende Finanzierungspartner zur Verfügung stehen werden.

Herr Christian Ritzmann (FDP) ist sich sicher, dass eine kompetente Planung im Rahmen der Vorgaben des Planungsbüros stattfinde und möchte insbesondere den regionalen Aspekt des Auftrags herausgearbeitet wissen. Er möchte eher eine Bündelung der Interessen zunächst auf der Ebene der Planungsgemeinschaft Westpfalz und nicht gleich auf Landesebene. Man müsse bei der Vermarktung die Stärken des ländlichen Raums aufzeigen.

Landrat Guth betont, bei der Gewerbeflächenpotentialanalyse gehe es grundsätzlich um die großen Flächen, jedoch wolle man auf keinen Fall die Kleinteiligkeit aufgeben.

Herr Antweiler (FWG) sieht die Analyse als richtigen Vorstoß, die Qualität müsse vorhanden sein, um den Bedarf zu decken, welcher nun auch bei den Gewerbeflächen aus dem Rhein-Main-Gebiet herüberschwappe. Ferner berichtet er von guten Erfahrungen mit dem Büro Kern-Plan.

Christa Mayer (SPD) begrüßt, dass man als Kreis auch die Standortsuche lenke. Sie gibt den Hinweis, dass man die Suchkulisse nicht von vorneherein zu eng einschränken solle, um kreative Lösungen nicht im Vorfeld zu unterbinden. Sie stellt die Frage, ob insbesondere der Bundeswehrstandort Kriegsfeld mit einbezogen werde.

Reiner Bauer (Stabstellenleiter Wirtschaftsförderung und Standortentwicklung) erwidert, dass – sofern Flächen theoretisch zur Verfügung stünden – auch ein Suchauftrag formuliert werden könne. Beim Standort Kriegsfeld habe man eine Zweiteilung angedacht, sofern es keine konkreten Planungen gebe, seien die Flächen in die Planung mit einbezogen.

Michael Cullmann (SPD) erklärt, dass er dagegen stimme, da die große Preisspanne bei den Angeboten für ihn nicht geklärt sei.

II. Beschluss

Der Kreisausschuss befürwortet die Erstellung einer Potentialanalyse und stimmt der Auftragsvergabe an die Firma Kern-Plan, Illingen, zu.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen
1 Enthaltung
1 Nein-Stimme

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: „Zukunftsregion Westpfalz e. V.“, Kaiserslautern
Förderung von Aktivitäten

I. Sachverhalt

„Der Kreisausschuss des Donnersbergkreises hat in seiner Sitzung am 24. April 2012 den Beitritt zum Verein „Zukunftsregion Westpfalz“ beschlossen.

Zweck des Vereins ist die Stärkung der Zukunftsfähigkeit der Region Westpfalz, insbesondere durch Zusammenführen von Netzwerken und Akteuren unter anderem aus Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung, Politik, Kultur und Sport durch die Themen übergreifende Koordination, Identifizierung von Kooperationspotenzialen sowie die Initiierung, Durchführung oder Unterstützung von zweckdienlichen Projekten sowie die Kooperation mit den Nachbarregionen.

Ein wesentlicher Vereinszweck soll auch verwirklicht werden durch die Nutzung von Kompetenzen in Wissenschaft und Forschung, insbesondere für die mittelständische Wirtschaft, die Nutzung spezifischer Kompetenzen zur Stärkung ländlicher Gebiete in der Region Westpfalz (interregionaler Technologietransfer) sowie die Sicherung der Verfügbarkeit qualifizierter Fach- und Führungskräfte über eine Verstärkung der Verzahnung von Wissenschaft, Forschung, Ausbildung und über die Steigerung der Attraktivität der Region.

In den letzten Jahren hat der Verein vielfältige Aktivitäten und Projekte entwickelt. Weitere Informationen sind dem beigefügten Jahresbericht 2019 der ZukunftsRegion Westpfalz zu entnehmen. Vorsitzender ist Dr. Jürgen Adam, Director eBooster Business Borg Warner Turbo System, Kirchheimbolanden und Geschäftsführer, Herr Dr. Hans-Günther Clev.

Insbesondere beim nationalen und internationalen Marketing für den Wirtschaftsstandort und bei der Grundlagen- und Lobbyarbeit zum Ausbau von bedeutsamer Infrastruktur hat sich das überregionale Bündnis aus Wirtschaft und Verwaltung in besonderer Weise bewährt.“

Herr Landrat Guth begrüßt Herrn Dr. Hans-Günther Clev, zum einen Leitender Planer und Geschäftsführer der Planungsgemeinschaft Westpfalz und zum anderen ehrenamtlicher Geschäftsführer des Vereins ZukunftsRegion Westpfalz. Er erläutert, dass der ZRW das Sprachrohr der Westpfalz sei, sich etablieren konnte und steigende Mitgliederzahlen aufzeige

Herr Dr. Hans-Günther Clev stellt die Organisation und die Arbeit, insbesondere die neuesten Aktivitäten im Donnersbergkreis der im Jahr 2012 gegründeten ZukunftsRegion Westpfalz e.V. incl. der Finanzen anhand einer Präsentation vor. Die Planungsgemeinschaft Westpfalz sei für die regionale Planung, der Verein hingegen für die regionale Entwicklung zuständig. Mittlerweile habe man sich von 14 Mitgliedern bei der Gründung auf 365 Mitglieder gesteigert.

Landrat Guth dankt Herrn Dr. Clev und dem Team der ZRW und ist erfreut über die Vielfalt der angegangenen und vorgestellten Themen und verdeutlicht, dass bei einer Eigenleistung der Kommunen eine Umsetzung sehr personalintensiv wäre und wenig Synergien hätte. Häufig seien diese Aufgaben auch noch im Bereich der freiwilligen Leistungen anzusiedeln. Mit der ZRW habe man eine Plattform, die vom Land gefördert und anerkannt sei.

Herr Dr. Clev macht auf Nachfrage von Herrn Michael Cullmann (SPD) nähere Angaben zur Bewerbung und dem durchgeführten Auswahlverfahren bezüglich der Ansiedlung der Gigafactory von Tesla in Zweibrücken.

Man habe viele Erkenntnisse durch das Verfahren gewonnen und wisse nun, dass die Vorbereitung von solchen Groß-Standorten wichtig sei. Ferner brauche man eine laufende Umweltbeobachtung, so dass immer auf ein Jahr zurückgeblickt werden könne, wenn ein Bewerber Interesse zeige – dies sei auch entsprechend dem Land kommuniziert worden.

Der sogenannte Rechenschaftsbericht soll zukünftig an den Kreisausschuss versandt werden.

Nachdem alle Fragen aus dem Gremien bezüglich der Vereinsstruktur, der Mitgliedsbeiträge sowie der Arbeitsweise, insbesondere der Netzwerkarbeit, beantwortet sind, stellt Landrat Guth den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

II. Beschluss

Der Kreisausschuss des Donnersbergkreises stimmt für das Jahr 2020 und 2021 einer Förderung der Aktivitäten des Vereines „Zukunftsregion Westpfalz e. V.“ in Höhe von 25.000 € zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Frau Lisett Stuppy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ist bei der Beschlussfassung nicht anwesend.

Herr Prof. Dr. Sabbagh (3. Beigeordneter) verlässt gg. 16.15 Uhr die Sitzung.

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 6 der Tagesordnung: Abfallwirtschaft des Donnersbergkreises
Zwischenbericht für das Wirtschaftsjahr 2020

I. Sachverhalt

„Auf der Grundlage, der im Entwurf vorliegenden vorläufigen Bilanz 2019 sowie aus dem im Rechnungswesen vorliegenden Daten - Stand: 30.06.2020 - wurde ein Zwischenbericht für das Jahr 2020 erstellt.

Das für 2020 hochgerechnete Ergebnis beläuft sich auf einen Gewinn in Höhe von rd. 936.330,00 €. Dies stellt eine Verschlechterung gegenüber dem prognostizierten Jahresgewinn im Wirtschaftsplan 2020 in Höhe von rd. 1.309.380,00 € dar. Durch den Verlustvortrag aus 2018 in Höhe von 1.418.962,21 € und dem Jahresverlust 2019 in Höhe von 5.050.712,63 € sowie dem o. g. zu erwartenden Gewinn in 2020 wird in das Jahr 2021 voraussichtlich ein Verlust i. H. v. 5.563.344,84 € € vorgetragen (siehe Umsatz- und Ertragsvorschau).

Die Gründe für die Veränderungen sind dem als Anlage beigefügten Zwischenbericht für das Wirtschaftsjahr 2020 zu entnehmen.“

Zwischenbericht für das Wirtschaftsjahr 2020

I. Allgemeine Angaben

Nach § 21 der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung ist durch Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen ein Zwischenbericht zu erstellen und bis zum 30.09. der Leitung und den Ausschüssen vorzustellen. Der Bericht soll auf die Entwicklung der Aufwands- und Ertragskonten und auf die wichtigsten Ereignisse im Berichtsjahr eingehen. Bei dieser Auswertung wurde der Zeitraum 01. Januar - 30. Juni des Wirtschaftsjahres 2020 berücksichtigt.

II. Angaben über die Entwicklung der Aufwendungen und Erträge

Die Entwicklung der Aufwendungen und Erträge ergibt sich aus der beiliegenden Aufstellung, die auf der Grundlage der Buchhaltung zum Stand 30.06.2020 hochgerechnet und kalkuliert wurden. Des Weiteren wurde das Ergebnis aus dem Entwurf der Bilanz 2019 in die Kalkulation eingebunden. Durch die Gebührenkalkulation, die im Kalenderjahr 2019, für das Kalenderjahr 2020 und folgende durchgeführt wurde, ist im aktuellen sowie den folgenden Jahren mit einem positiven Ergebnis zu rechnen.

Das für 2020 hochgerechnete Ergebnis beläuft sich auf einen Gewinn von 936.330,00 €. Für das Wirtschaftsjahr 2020 wurde ein Gewinn in Höhe von 1.309.380,00 € prognostiziert, die Reduzierung gegenüber dem Wirtschaftsplan beträgt somit rd. 370.000,00 €.

Durch den Jahresverlust 2019 in Höhe von 5.050.712,63 € (Jahresabschluss 2019) und den Verlustvortrag aus 2018 in Höhe von 1.418.962,21 € sowie den zu erwartenden Gewinn für 2020 in Höhe von 936.330,00 € (Zwischenbericht 2020) wird auf das Jahr 2021 voraussichtlich ein Verlust in Höhe von 5.533.344,84 € vorgetragen.

Auf die folgenden, für die Erstellung des Zwischenberichtes wesentlichen Positionen, wird besonders hingewiesen:

Rubrik 1. Umsatzerlöse:

- Bei den nachgenannten Positionen ist entsprechend der Hochrechnung mit einer **Steigerung der Erlöse** zu rechnen:

Hausmüll um 95.500,00 €

Hier gibt es durch die neuen Gebühren positivere Entwicklungen als im Wirtschaftsplan kalkuliert. Insbesondere die Nachfrage nach der kostenpflichtigen Zusatztonne hat zu Mehreinnahmen i.H.v. 57.000 € geführt, trotz einem Ansatz für die Zusatztonne von 108.500,00 € im Wirtschaftsplan 2020. Des Weiteren ist eine Zunahme an gebührenpflichtigen Haushalten zu verzeichnen (2018: 32.742 Haushalte, 2019: 32.995 Haushalte)

Hausmüll ähnl. Gewerbeabfälle, Altholz u. Deponieanlieferungen um 21.000,00 €.

Hier macht sich die Gebührenerhöhung beim Preis der zugelassenen Großbehälter (gebühr je Abfuhr) bemerkbar (Mulde mit 7.000 l Fassungsvermögen: von 113,44 € auf 246,00 €, Mulde mit 10.000 l Fassungsvermögen: von 103,93 € auf 236,00 €).

Miet- und Pächterträge um 9.000,00 €.

Seit Frühjahr 2020 wird die Bauschutt-Deponie Winnweiler an die Firma F.K. Horn GmbH & Co KG verpachtet. Hiefür erhält die Abfallwirtschaft seit April 2020 eine monatliche Miete in Höhe von 1.000,00 €.

- Bei den nachgenannten Positionen ist entsprechend der Hochrechnung mit einer **Minderung der Erlöse** zu rechnen:

Papier, Pappe und Kartonage (PPK) um 246.000,00 €.

Die Reduzierung der PPK-Erlöse resultiert aus dem weiterhin schlechten Vermarktungspreis 2020. Allein hierdurch sind Mindereinnahmen von rd. 187.000,- € zu verzeichnen. Durch die Änderung des PPK-Vertrages auf Basis des OVG-Urteils gegen den Donnersbergkreis, der für 2020 noch angepasst werden musste, entstand eine weitere Reduzierung der Einnahmen um 25%, was weiteren 59.000,- € Mindereinnahmen entspricht.

Gewerbemüll um 28.000,00 €.

Durch Veränderungen in der Anzahl der Gefäßgestellungen (2018: 4.416 Gefäße, 2019: 4.273 Gefäße) ist hier ein Rückgang an Erlösen zu verzeichnen.

Einspeisevergütung Photovoltaikanlage 7.000,00 €.

Hier wurde der Ansatz von 82.000,- € auf 75.000,- € angepasst. Dies entspricht dem Durchschnitt der Ist-Werte der Einspeisevergütung aus den Vorjahren (2019: 73.896,59 €; 2018: 79.759,01 €).

Rubrik 2. Materialaufwand:

- Bei den nachgenannten Positionen ist entsprechend der Hochrechnung mit einem **Mehraufwand** zu rechnen:

Hausmüll um 278.000,00 €.

Der Ansatz des Wirtschaftsplanes 2020 wurde bedingt durch fehlende Rechnungen bei der Aufstellung des Zwischenberichtes 2019 (RE über 51.011 €) zu gering angesetzt.

Hochgerechnet auf das Jahr 2019 entspricht dies Mehrkosten i.H.v. 100.000 € (Ansatz WP 2020: 1.022.000 €, JA 2019: 1.085.414,21€)

Des Weiteren macht sich die Umstellung der Baby-/Pflegetonnen auf die Zusatztonne in der Behältergestellung bemerkbar, wodurch allein in den ersten 6 Monaten Mehrkosten von 22.500 € entstanden sind. Ein Mehraufwand läßt sich auch in den ersten 6 Monaten in der Sammlung (12.122 € Kostenzunahme) und im Transport (5.000 € Preissteigerung) erkennen.

Deutlich zu buche schlug eine Zunahme in den Kosten für die Entsorgung von A4 Holz. Hier stieg der Preis von 85 €/t netto auf 115€/t netto. Bei einer angelieferten Mengen von 1.941 Mg (Stand 2019) sind dies jährliche Mehrkosten i.H.v. 57.300 €. Dieser Ansatz konnte im Wirtschaftsplan 2020 nicht mit angesetzt werden, da sich die Änderung erst zum 01.12.2019 ergab.
Dies alles begründet in der Summe den erhöhten Ansatz über 278.000 €.

Grüngut um 105.000,00 €.

Hier ist ein deutlicher Mengenanstieg von 2018 (8.493,19 Mg) auf 2020 (12.720 Mg) zu verzeichnen; die dadurch bedingten Mehrkosten gegenüber der Kalkulation für den Wirtschaftsplan 2020 betragen voraussichtlich 90.000,- €. Der Ansatz des Wirtschaftsplanes 2020 wurde bedingt durch fehlende Rechnungen bei der Aufstellung des Zwischenberichtes 2019 um 15.000 € zu gering angesetzt.

Humuswerk Essenheim um 30.000,00 €.

Bedingt durch eine Mengensteigerung von 5.359 Mg in 2018 auf voraussichtlich 6.002 Mg in 2020 sind hier Mehraufwendungen zu erwarten.

- Bei den nachgenannten Positionen ist entsprechend der Hochrechnung mit einem **Minderaufwand** zu rechnen:

Druckerzeugnisse um 40.000,00 €.

Hier ist ein Rückgang der Mengen zu verzeichnen (2018: 6.634 Mg; 2020: 6259 Mg).

Problemmüll um 20.000,00 €.

Im Wirtschaftsplanansatz wurde die Position zur Entsorgung von Nachtspeicheröfen berücksichtigt, eine Nachfrage hierzu gab es bis dato nur im geringen Umfang.

Deponienachsorge Eisenberg um 120.000,00 €.

Dieser Posten beinhaltet die Rückstellung für Aufwendungen an der Deponie Eisenberg. Durch die Neubewertung der Deponierückstellungen durch die Firma ECONUM und der daraus resultierenden Anpassung der Rückstellung für die Deponien im Jahresabschluss 2019 ist hier keine weitere Berücksichtigung von Rückstellungen erforderlich.

- Weitere Veränderungen ergeben sich wie folgt:

Aufwand für Fremdleistungen/Fremdarbeiten Aufwand erhöht um 10.000,00 €. Die Abfallwirtschaft zahlt der Firma F. K. Horn GmbH & Co KG dafür, dass sie die Eingangskontrolle und Überwachung und Abrechnung mit eigenem Mitarbeiter auf der Deponieannahme in Winnweiler übernimmt, einen monatlichen Zuschuss für die Personalkosten in Höhe von 1.000,00 €.

Umwelterziehung vermindert um 10.000,00 €.

Im aktuellen Kalenderjahr konnte durch die Corona-Pandemie das Projekt des Schülerumweltdiploms nur teilweise umgesetzt werden. Daher wurde der Ansatz nach unten korrigiert.

III. Weitere Entwicklung Wirtschaftsjahr 2020

Der heutige Kenntnisstand über die Ein- und Ausgaben lässt für das Wirtschaftsjahr 2020 sowie für die Folgejahre ein positives Ergebnis erwarten.

Insbesondere die Entwicklung der PPK-Erlöse sowie die stark steigende Grünschnittmenge müssen im Auge behalten werden, um auf deren Entwicklung rechtzeitig reagieren zu können.

**Kreisverwaltung Donnersbergkreis
Referat Abfallwirtschaft
Uhlandstraße 2
67292 Kirchheimbolanden**

aufgestellt im September 2020

	2020 - WP	2020 - Hochrechnung
	€	€
1. Umsatzerlöse	8.979.900,00 €	8.823.900,00 €
2. Sonstige betriebliche Erträge	45.600,00 €	45.600,00 €
3. Materialaufwand	6.370.850,00 €	6.590.900,00 €
4. Personalaufwand	753.625,00 €	753.625,00 €
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	78.000,00 €	75.000,00 €
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	393.570,00 €	393.570,00 €
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.600,00 €	1.600,00 €
9. Abzinsung gem. HGB	0,00 €	0,00 €
Abzinsung Rückstellung	121.000,00 €	121.000,00 €
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.310.055,00 €	937.005,00 €
10. Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €
11. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €
12. Außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €
13. Sonstige Steuern	675,00 €	675,00 €
14. Jahresgewinn/-verlust (-)	1.309.380,00 €	936.330,00 €

Jährliche Fortschreibung Umsatz- und Ertragsvorschau 2015 - 2021

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021 *
1. Basis Bilanz 2015 - 2019 sowie Wirtschaftsplan 2020							
Gewinn			525.853			1.309.380	1.309.380
Verlust	1.396.577	421.346		488.318	5.050.713		
Verlust-/Gewinnvortrag	-1.036.879	-1.456.497	-930.644	-1.418.962	-6.469.675	-5.160.295	-3.850.915

2. Basis Bilanz 2015 - 2019 sowie Zwischenbilanz 2020							
Gewinn			525.853			936.330	936.330
Verlust	1.396.577	421.346		488.318	5.050.713		
Verlust-/Gewinnvortrag	-1.036.879	-1.456.497	-930.644	-1.418.962	-6.469.675	-5.533.345	-4.597.015

* 1. Basis: Für das Jahr 2021 wurde in die Umsatz- und Ertragsvorausschau der Gewinn aus dem Wirtschaftsplan 2020 übernommen.

* 2. Basis: Für das Jahr 2021 wurde in die Umsatz- und Ertragsvorausschau der Gewinn aus der Zwischenbilanz 2020 übernommen.

Angaben zur Photovoltaikanlage 2020 Zwischenbilanz					
Fertigstellung: 31. Mai 2013					
Abschreibungsbeginn: 01. Juni 2013					
Abschreibung: 5 %					
Abschreibungsbetrag: 56.440,00€					
			Januar bis Juni	Wirtschafts- plan	Hoch- rechnung
Einspeisung		47.421,09 €		82.000,00 €	75.000,00 €
Laufende Kosten				- 15.000,00 €	- 15.000,00 €
Abschreibung				- 56.439,00 €	- 56.439,00 €
Gewinn				10.561,00 €	3.561,00 € “

Herr Hado Reimringer (Abteilungsleiter Umeltschutz und Abfallwirtschaft) führt aus, dass nach der Gebührenerhöhung im letzten Jahr und des prognostizierten Gewinns in Höhe von 1,3 Mio Euro für 2020 die Entwicklung im Laufe des Jahres 2020 sich so darstelle, dass der zu erwartende Gewinn auf 936.000 Euro korrigiert werden müsse. Als Hauptursächlich sei hier zum einen auf den extrem gesunkenen Papier- und Kartonagepreis zu verweisen und zum anderen die Erhöhungen bei den Ausgaben bei den Grüngutstellen. Die Anlieferung nehme stetig zu, so habe man 2017 7.500 Tonnen zu verzeichnen, 2018 seien es 8.500 Tonnen Grüngut gewesen und bis Ende 2020 rechne man mit 12.000 Tonnen. in diesem Jahr sei die Steigerung überdurchschnittlich und wohl auf eine rege Aktivität in den Gärten während der Pandemie bzw. des Lockdowns zurückzuführen. Man müsse Überlegungen anstellen, wie man diesen Kosten zukünftig begegne.

Die Deponie in Winnweiler sei zwischenzeitlich an die Firma F.K. Horn verpachtet, hier habe man Pachteinahmen, im Gegenzug zahle man jedoch Personalkostenerstattungen an die Fa. Horn.

Landrat Guth bedankt sich für die Vorstellung des Zwischenberichts.

Michael Cullmann (SPD) unterbreitet den Vorschlag, sich Gedanken über eine Vor-Ort-Verwertung des Grüngutes zu machen, um Kosten zu minimieren und Transportkosten zu sparen und evtl. weitere Trennungen vorzunehmen.

Da ein Blockheizkraftwerk nicht zur Verfügung stehe, habe man derzeit keine Möglichkeit, so Hado Reimringer. Die Zweckvereinbarungen für Grüngut mit Kaiserslautern und Enkenbach laufen noch bis Ende 2023. Zwischenzeitlich verschärfte gesetzliche Vorgaben würden eine landbauliche Verwertung des Feinanteils enorm erschweren.

Landrat Guth sieht die Optimierung der Wertschöpfung des abgelieferten Grünguts nach Ablauf der Vertragslaufzeiten als richtigen Ansatzpunkt.

Herr Gerd Fuhrmann (SPD) erkennt Handlungsbedarf in vielen Bereichen der Abfallentsorgung und möchte sich in einem eigenen Tagesordnungspunkt der Ideenentwicklung bei der Veränderung des Abfallwirtschaftskonzeptes widmen.

Auch Rudolf Jacob appelliert, dass man frühzeitig an die entsprechende Weichenstellung für das neue Abfallkonzept herangehen müsse.

Landrat Guth betont, dass geklärt sei, dass ein neues Abfallwirtschaftskonzept entwickelt werden müsse. Bei dem derzeitigen habe man eine Vertragsbindung bis 2023. Bei der Entwicklung dieses Konzeptes müsse man sicherlich auch Interkommunale Zusammenarbeit mit benachbarten Körperschaften prüfen, den zeitlichen Aspekt behalte man selbstverständlich im Auge. Als Zeitpunkt für die Aufnahme der Thematik nennt er das Jahr 2021, um 2022 darüber zu beschließen und 2023 neue Verträge einzugehen.

Landrat Reiner Guth und Hado Herr Reimringer beantworten die individuellen Fragen aus dem Gremium

- zu den fehlenden Kosten im Zwischenbericht 2019
- zu den Ursachen des Preisverfalls bei Papier und Kartonage
- zum Umfang der Anträge auf Gebührenentlastung aufgrund der Pandemie
- zur Anlieferung von Grüngut durch Gewerbetreibende
- zu Fremdstoffen auf den Grüngutdeponien
- zum Volumen der kostenpflichtigen Baby- und Pflegetonne
- zum Dualen System
- zum Umweltparlament

Alexander Groth (FWG) und Rudolf Jacob (CDU) sprechen sich dafür aus, dass eine umfassende Abfallentsorgung unbedingt notwendig sei und man über steigende Mengen grundsätzlich dankbar sein müsse, da die Problematik der illegalen Ablagerungen in der Natur noch deutlich mehr zunehmen würde.

Gunther Rhein (CDU) möchte wissen, wie hoch die Kosten für die Beseitigung der illegalen Ablagerungen seien.

Herr Landrat Guth sagt zu, Anfang 2021 eine Auflistung über die Jahre 2019 und 2020 vorzulegen, um auch Kostensteigerung aufgrund der Corona-Pandemie zu verdeutlichen, die nicht unerheblich sei.

Herr Frey (SPD) verlässt gegen 16.50 Uhr die Sitzung.

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 7 a der Tagesordnung: Einrichtung eines Tourismusbüros am Römerplatz in Kirchheimbolanden
a) Vergabeentscheidung der baulichen Maßnahmen

I. Sachverhalt

„Bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen am 18.12.2019 wurde der Kreistag darüber informiert, dass aufgrund der gestiegenen Zahl an Arbeitsplätzen eine Erweiterung des Kreishauses als zwingend notwendig erachtet wird.

Anstelle der Beschaffung von Bürocontainern wurden sowohl das Gesundheitsamt (22 Arbeitsplätze) als auch der Brand- und Katastrophenschutz (6 Arbeitsplätze) in Räumlichkeiten in die Morschheimer Straße in Kirchheimbolanden ausgelagert.

Darüber hinaus soll auch der Donnersberg-Touristik-Verband e.V. (DTV) aus den Räumlichkeiten im Erdgeschoss des Kreishauses ausgelagert und dauerhaft am Römerplatz in Kirchheimbolanden untergebracht werden. Die zentrale Lage am Römerplatz bietet sich als Tourismusbüro geradezu an. Die Räumlichkeiten verfügen über eine Grundfläche von 155 qm, verteilt auf zwei Stockwerke. Zielsetzung ist die Errichtung eines ansprechenden und repräsentativen Tourismusbüros in zentraler Lage zur Bewerbung und Vermarktung des Donnersberger Landes.

Mit der Firma KAHL Büroeinrichtungen GmbH mit Sitz in Mannheim haben wir einen kompetenten und verlässlichen Partner gefunden, um den kompletten Umbau schlüsselfertig und in kürzester Zeit stemmen zu können. Die Firma agiert als Generalunternehmen und arbeitet mit Partnerunternehmen in der Region zusammen, sodass der Umbau Hand in Hand und ohne zeitliche Verzögerungen noch in diesem Jahr erfolgen kann. Die Preise der angebotenen Leistungen sind marktüblich und angemessen.

Auf Grundlage eines Erlasses des Wirtschaftsministeriums vom 29.06.2020 sind aufgrund der derzeitigen Pandemielage bis zum Ende des Jahres freihändige Vergaben ohne nähere Begründung bis zu einem Auftragsvolumen in Höhe von 100.000 EUR netto zulässig.

Wir bitten deshalb um Zustimmung zur Vergabe der baulichen Leistungen (Bodenarbeiten, Trockenbau, Malerarbeiten, Elektroarbeiten, Jalousien, akustische Deckensegel, Beleuchtung und Bauleitung) an die Firma Kahl Büroeinrichtungen GmbH.

Im Finanzhaushalt 2020 sind beim Produkt Gebäudemanagement (Teilhaushalt 60) 100.000 EUR für Planungsleistungen zur Erweiterung des Kreishauses und 150.000 EUR für die Beschaffung von Bürocontainern veranschlagt. Diese Investitionsmittel werden in 2020 nicht mehr benötigt werden.

Im Ergebnishaushalt 2020 sind beim Produkt Gebäudemanagement (Teilhaushalt 60) neben den allgemeinen Bauunterhaltungsmitteln keine Ansätze für die nunmehr notwendigen baulichen Maßnahmen eingestellt. Wir gehen aber davon aus, dass die im THH 60 vorhandenen Mittel für andere Bauunterhaltungsmaßnahmen am Kreishaus sowie an der Karl-Ritter-Schule nicht vollständig ausgeschöpft werden können, sodass die Finanzierung im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit des THH 60 gesichert ist. Dies hängt aber vom Fortgang der derzeitigen Maßnahmen ab. Sollten die Bauunterhaltungsmittel nicht vollständig ausreichen, ist der übersteigende Betrag für den Umbau des Tourismusbüros im Ergebnishaushalt des THH 60 überplanmäßig zur Verfügung zu stellen.“

Herr Landrat Guth ergänzt, dass zukünftig zusammen mit der Stadt Kirchheimbolanden gemeinsam das Tourismusbüro in den neuen Räumlichkeiten betreiben werde und somit auch am Wochenende eine Besetzung der Tourist-Information gewährleistet sei.

Michael Cullmann (SPD) verlässt gegen 17 Uhr die Sitzung.

Simone Rühl-Pfeiffer (Stabstellenleitung Organisationsentwicklung und IT) stellt anhand einer Präsentation die Planungen für das Tourismusbüro vor, welches in Zusammenarbeit mit der Firma Kahl, Mannheim entstanden ist.

Die Preise der Firma Kahl seien marktüblich. Ein klarer Vorteil von der Vergabe an den vorgeschlagenen Generalunternehmer sei der zeitliche Aspekt. und so könne der DTV zum Jahresende umziehen, wenn heute der entsprechende Beschluss gefasst würde.

Landrat Guth betont, er lege hier Wert auf eine zügige Umsetzung wegen des derzeitigen allgegenwärtigen Deutschland-Tourismus.

Rudolf Jacob (CDU) ist der Meinung, dass der räumliche Wechsel tatsächlich längst überfällig sei und ein Angebot in der Stadt die bessere Alternative sei. Eine Ausschreibung nach Losen sei sicherlich nicht in dem genannten Zeitraum umsetzbar.

Alexander Groth (FWG) begrüßt ebenfalls die Maßnahme und bezeichnet sie als eine Investition in die Zukunft und den Standort Römerplatz als gelungen.

Ernst-Ludwig Huy (2. Beigeordneter) begrüßt die zukünftige Zusammenarbeit Stadt und Kreis und auch die zwingend notwendigen Öffnungszeiten am Wochenende.

II. Beschluss

Der Kreisausschuss stimmt der Vergabe der baulichen Maßnahmen in Höhe von 45.500 EUR an die Firma Kahl Büroeinrichtungen GmbH mit Sitz in Mannheim als Generalunternehmen zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 7 b der Tagesordnung: Einrichtung eines Tourismusbüros am Römerplatz in Kirchheimbolanden
b) Vergabeentscheidung der Büroausstattung

I. Sachverhalt

„Bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen am 18.12.2019 wurde der Kreistag darüber informiert, dass aufgrund der gestiegenen Zahl an Arbeitsplätzen eine Erweiterung des Kreishauses als zwingend notwendig erachtet wird.

Anstelle der Beschaffung von Bürocontainern wurden sowohl das Gesundheitsamt (22 Arbeitsplätze) als auch der Brand- und Katastrophenschutz (6 Arbeitsplätze) in Räumlichkeiten in der Morschheimer Str. in Kirchheimbolanden ausgelagert.

Darüber hinaus soll auch der Donnersberg-Touristik-Verband e.V. (DTV) aus den Räumlichkeiten im Erdgeschoss des Kreishauses ausgelagert und dauerhaft am Römerplatz in Kirchheimbolanden untergebracht werden. Die zentrale Lage am Römerplatz bietet sich als Tourismusbüro geradezu an. Die Räumlichkeiten verfügen über eine Grundfläche von 155 qm, verteilt auf zwei Stockwerke. Zielsetzung ist die Errichtung eines ansprechenden und repräsentativen Tourismusbüros in zentraler Lage zur Bewerbung und Vermarktung des Donnersberger Landes.

Mit der Firma KAHL Büroeinrichtungen GmbH mit Sitz in Mannheim haben wir einen kompetenten und verlässlichen Partner gefunden, um den kompletten Umbau schlüsselfertig und in kürzester Zeit stemmen zu können. Die Firma agiert als Generalunternehmen und arbeitet mit Partnerunternehmen in der Region zusammen, sodass der Umbau Hand in Hand und ohne zeitliche Verzögerungen noch in diesem Jahr erfolgen kann. Die Preise der angebotenen Leistungen sind marktüblich und angemessen.

Auf Grundlage eines Erlasses des Wirtschaftsministeriums vom 29.06.2020 sind aufgrund der derzeitigen Pandemielage bis zum Ende des Jahres freihändige Vergaben ohne nähere Begründung bis zu einem Auftragsvolumen in Höhe von 100.000 EUR netto zulässig.

Wir bitten deshalb um Zustimmung zur Vergabe der Büroausstattung (Empfangsbereich mit Thekenanlage, Wartebereich mit Motivtapete im Eingangsbereich, Backoffice mit zwei Arbeitsplätzen, Büro der Geschäftsführung mit Besprechungsbereich, Aufenthaltsraum) an die Firma Kahl Büroeinrichtungen GmbH.

Im Finanzhaushalt 2020 sind beim Produkt Gebäudemanagement (Teilhaushalt 60) 100.000 EUR für Planungsleistungen zur Erweiterung des Kreishauses und 150.000 EUR für die Beschaffung von Bürocontainern veranschlagt. Diese Investitionsmittel werden in 2020 nicht mehr benötigt werden.

Im Haushaltsplan 2020 sind beim Produkt Zentrale Dienste (Teilhaushalt 10) unter der Investitionsnummer I20BAG-003 Mittel für die Beschaffung von Büroeinrichtung für das gesamte Kreishaus in Höhe von 25.000 € eingestellt. Diese reichen für die Neueinrichtung des Tourismusbüros nicht aus. Wir gehen aber davon aus, dass die Mittel im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit des THH 10 zur Verfügung stehen. Dies hängt aber vom Fortgang der anderen derzeitigen Maßnahmen ab. Sollten die Mittel nicht vollständig ausreichen, ist der übersteigende Betrag im THH 10 überplanmäßig zur Verfügung zu stellen.“

II. Beschluss

Der Kreisausschuss stimmt der Vergabe der Büroausstattung in Höhe von 28.500 EUR an die Firma Kahl Büroeinrichtungen GmbH mit Sitz in Mannheim als Generalunternehmen zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ergebnis der 11. Sitzung des Kreisausschusses des Donnersbergkreises am 06.10.2020 in Kirchheimbolanden

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 8 der Tagesordnung: Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen und Anfragen liegen keine vor.

Landrat Rainer Guth dankt den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt um 17.20 Uhr die Sitzung.

gez.
(Rainer Guth)
Vorsitzender

gez.
(Sybille Gerlach)
Schriftführerin

Weiter anwesend: siehe Anwesenheitsverzeichnis

ABSCHLUSS

Tag der Einladung: 24.09.2020

Tag der Sitzung: 06.10.2020

Sitzungsort: Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 17.20 Uhr

Zahl der Mitglieder des Kreisausschusses 14

Zahl der anwesenden Mitglieder des Kreisausschusses 13

Zahl der abwesenden Mitglieder des Kreisausschusses 1

Vorsitzender: Landrat Rainer Guth

Schriftführer/in: Sybille Gerlach